

Stand: 19.05.2024 11:49:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16794

"Handlungsprogramm Kulturwirtschaft - Koordinierte Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender (1)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/16794 vom 16.05.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17716 des HO vom 04.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17957 vom 16.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Renate Ackermann, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Handlungsprogramm Kulturwirtschaft

Koordinierte Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender (1)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur darzulegen,

- wie sie die Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender durch die verschiedenen Ministerien sowie die Staatskanzlei künftig besser koordinieren,
- die Förderpotenziale, die in allen Ministerien bestehen, stärker nutzen und ausbauen
- sowie die Kulturschaffenden und -wirtschaftenden besser über bestehende Fördermöglichkeiten informieren will.

Begründung:

Der Freistaat bietet eine Reihe an Fördermöglichkeiten für Kulturschaffende und -wirtschaftende. Bisher erfolgt die Förderung durch die einzelnen Ressorts aber weitgehend unkoordiniert und unabgestimmt. Die unklare Aufgabenverteilung und der mangelnde Austausch innerhalb der Staatsregierung tragen dazu bei, dass die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft nicht ausgeschöpft werden und insbesondere Selbstständige sowie Klein- und Kleinstunternehmen von den staatlichen Fördermaßnahmen nicht im erforderlichen Maße erreicht werden. Dies bemängelt auch der vom Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Initiative der GRÜNEN-Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht Bayern 2012. Kulturpolitik und Wirtschaftsförderung müssten, so der Bericht, „besser zusammen wirken, damit sich Synergieeffekte zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Kulturförderung ergeben können“ (S. 113). Obwohl, wie im Bericht beschrieben, bereits 2011 in einem Expertenworkshop im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „ein verstärkter Austausch zwischen den entsprechenden Organisationen als wichtig und sinnvoll konstatiert [wurde]“ (ebd.), hat die Staatsregierung u.E. bis heute entsprechende Maßnahmen versäumt. In den „Handlungsempfehlungen“ des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie wird dieses Defizit weiter ignoriert.

Auch gibt es keine umfassende Darstellung der verschiedenen Programme, Preise, Stipendien, Projektförderungen, Maßnahmen etc. durch die Staatsregierung. Die Verlagerung von Künstlerförderung in Stiftungen und Fonds außerhalb des Haushaltsplans erschwert zudem die Übersichtlichkeit.

Eine zentrale Informationsquelle über alle Fördermechanismen könnte helfen, die Transparenz für Unternehmen, Kulturschaffende sowie Künstlerinnen und Künstler zu erhöhen und die zeitintensive Suche nach Förderung zu vereinfachen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/16794

**Handlungsprogramm Kulturwirtschaft
Koordinierte Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender (1)**

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Berichterstatter: **Dr. Sepp Dürr**
Mitberichterstatter: **Karl Freller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 19. Juni 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 4. Juli 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: kein Votum
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Oliver Jörg
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Renate Ackermann, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/16794, 16/17716

Handlungsprogramm Kulturwirtschaft

Koordinierte Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender (1)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur darzulegen,

- wie sie die Förderung Kulturschaffender und -wirtschaftender durch die verschiedenen Ministerien sowie die Staatskanzlei künftig besser koordinieren,
- die Förderpotenziale, die in allen Ministerien bestehen, stärker nutzen und ausbauen
- sowie die Kulturschaffenden und -wirtschaftenden besser über bestehende Fördermöglichkeiten informieren will.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

